

Organspende

Nordrhein-Westfalen startet Initiative für Widerspruchslösung

Nordrhein-Westfalen setzt sich für die Einführung einer Widerspruchslösung bei Organspenden ein und hat zusammen mit weiteren Bundesländern Mitte Juni einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass zukünftig alle Menschen in Deutschland als mögliche Organspender gelten, wenn sie dem nicht widersprechen. Das Land verspricht sich davon eine Steigerung der Zahl der Organspenden. Zurzeit warteten fast 8.400 Patientinnen und Patienten auf ein Spenderorgan, erklärte NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann. Zugleich seien im vergangenen Jahr nur knapp 2.900 Organe von 965 Spendern transplantiert worden. „Die Zahlen bewegen sich seit Jahren auf einem vergleichbaren Niveau und das ist deutlich zu wenig“, so Laumann. Der Minister stellte zugleich klar, dass niemand zu einer Organspende gezwungen werden dürfe. Er sei aber schon der Meinung, dass die Menschen dazu verpflichtet werden könnten, eine Entscheidung für oder gegen eine Spende zu treffen. Umfragen zufolge stünden 80 Prozent



„Wir haben ein Dokumentationsproblem“: Zwar steht eine Mehrheit der Bundesbürger der Organspende positiv gegenüber, aber die wenigsten legen ihren Willen schriftlich oder digital im Organspende-Register nieder.

Foto: fovito/stock.adobe.com

der Menschen in Deutschland einer Organspende positiv gegenüber. „Wir haben aber ein Dokumentationsproblem“, erklärte Laumann. Zuletzt hatte sich auch der Deutsche Ärztetag im Jahr 2018 für die Einführung einer Widerspruchslösung ausgesprochen. **HK**

Fachkräftemangel

Personalressourcen effizienter nutzen

Angesichts des Fachkräftemangels hat die Vizepräsidentin der Bundesärztekammer, Dr. Ellen Lundershausen, eine bessere Kooperation zwischen den Gesundheitsberufen angemahnt. Sie sprach bei der 36. Konferenz der Fachberufe im Gesundheitswesen Ende Mai in Berlin. Dabei müsse auch der ineffiziente Einsatz von Fachkräften im Gesundheitswesen gestoppt werden, ergänzte Professor Dr. Michael Hallek, Vorsitzender des Sachverständigenrates Gesundheit und Pflege. Ein bloßer Anstieg der Zahl der Fachkräfte könne bestehende Probleme nicht entschärfen. Die Konferenz der Fachberufe, in der mehr als 40 Berufsverbände vertreten sind, fördert seit 1989 Dialog und Zusammenarbeit. **MST**

Service

Informationsangebot für Medizinstudierende

Auf der Homepage der Ärztekammer Nordrhein (www.aekno.de) gibt es für Medizinstudentinnen und -studenten seit vielen Jahren eine eigene Rubrik unter www.aekno.de/aerzte/studium. Die Seiten sind kürzlich

komplett überarbeitet, aktualisiert und ergänzt worden. Unter der Überschrift „Studium“ finden sich unter anderem eine verlinkte Aufstellung aller Universitäten

in Deutschland, Österreich und der Schweiz, an denen Medizin studiert werden kann, sowie Informationen zur Landarztquote in Nordrhein-Westfalen und Wissenswertes über die Regelungen bei krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit an den nordrheinischen Universitäten. Eine Liste nützlicher, für Medizinstudierende kostenloser Journale

wie beispielsweise das kostenfreie Abo des *Rheinischen Ärzteblatts* wird in der entsprechenden Rubrik angeboten. Unter „Berufstart und Weiterbildung“ finden Medizinstudierende nützliche Informationen über die Ärztekammer Nordrhein, das Versorgungswerk Nordrheinische Ärzteversorgung sowie Links und Hinweise, die den Start ins ärztliche Berufsleben und die Weiterbildung in Nordrhein erleichtern können. Im Abschnitt „Häufig gestellte Fragen und Antworten“ finden sich Tipps rund um die erstmalige Anmeldung bei der Ärztekammer Nordrhein, die Weiterbildung und die Befreiung von der Deutschen Rentenversicherung. **bre**

Fragen und Anregungen sowie Kritik und Lob zum Internetangebot der Ärztekammer Nordrhein senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse onlineredaktion@aekno.de. **bre**

Leitfaden

Mädchen vor Gewalt schützen

Um Mädchen vor Genitalverstümmelung sowie vor Früh- und Zwangsverheiratung zu schützen, hat die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes einen Leitfaden entwickelt. Er richtet sich unter anderem an medizinische Einrichtungen. Der Leitfaden soll bei der sensiblen Gesprächsführung und beim Vorgehen in akuten Gefährdungssituationen unterstützen. Terre des Femmes zufolge leben knapp 100.000 Mädchen und Frauen in Deutschland, die an ihren Genitalien verstümmelt wurden. 17.000 Mädchen gelten als gefährdet. Der Leitfaden kann unter www.frauenrechte.de (Suchwort „Handlungsempfehlung“) heruntergeladen werden. **HK**

**KAMMER
ONLINE**
www.aekno.de